

THUN SITZUNG DES STADTRATS

Siegenthalers Appell für Sachlichkeit

Das Thema Flüchtlinge sorgte gestern im Thuner Stadtrat für angeregte Diskussionen. Gemeinderat Peter Siegenthaler informierte – und warb für Sachlichkeit. Zwei Postulate wurden überwiesen, obwohl sich die Mehrheit der SVP/FDP-Fraktion dagegen wehrte.

«Es ist das Thema, das meine Direktion seit Wochen intensiv beschäftigt», stellte Sicherheitsvorsteher Peter Siegenthaler (SP) einleitend fest, als es im Stadtrat um die beiden Vorstösse zu Flüchtlingen ging. Er informierte über den Austausch mit den Verantwortlichen des Bundesasylzentrums auf dem Waffenplatz (vgl. Text rechts), erklärte, dass derzeit rund 250 Personen im Zentrum untergebracht seien, und äusserte sich zum Angriff von Asylbewerbern auf Polizisten: «Das Staatssekretariat für Migration will alle Mittel ausschöpfen, um solche Taten zu verhindern. Präventiv – aber solches Fehlverhalten wird auch geahndet.» Die Zahl der Asylgesuche habe sich zuletzt reduziert, die zuständige Asylkoordination Thun sei derzeit in ihrem Bereich bei einer Belegung von 100 statt wie vor kurzem 130 Prozent. «Das ist aber eine Momentaufnahme. Wir sind weiter auf Unterkunfts-möglichkeiten angewiesen», hielt Siegenthaler fest.

Pragmatisch statt ideologisch

Und er führte weiter aus: «Wir werden einen Beitrag an Kollektivunterkünfte leisten müssen – Thun kann sich dem nicht entziehen.» Noch grösser seien die nachlagernden Herausforderungen, sprich: die Integration. «Integrative Elemente müssen wir unbedingt und rasch fördern.» Er richtete einen doppelten Appell an die Anwesenden: «Wir müssen lernen, offen über die Probleme zu reden, welche die Situation nach sich zieht.» Und: «Gehen wir die Probleme doch pragmatisch an, nicht ideologisch.»

Siegenthaler erntete für sein engagiertes Votum zwar Applaus aus allen Fraktionen. Doch in der Diskussion um die zwei Postulate (vgl. Ausgabe von gestern) gingen die Meinungen auseinander. Der erste Vorstoss bezog sich auf die aktive Suche nach Wohnraum für



Wo können Flüchtlinge wohnen? In Thun wird zurzeit das Bundesasylzentrum betrieben, von dem dieses Bild stammt. Doch auch sonst sorgt die Unterbringung von Flüchtlingen für Diskussionen – etwa gestern im Thuner Stadtrat.

Patric Spahni

«Ich bin sicher, dass es geeignete Areale für mobile Bauten für Flüchtlinge gibt.»

Alice Kropf (SP)

Flüchtlinge – eingereicht von Vertretern von SP, Grünen und BDP. Aus der Antwort des Gemeinderats geht hervor, dass die Asylkoordination Thun derzeit über genügend Wohnungen für die sogenannte Phase 2 – vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, die den Alltag weitgehend selbstständig bewältigen können

«In der Phase 2 besteht kein Problem. Wir lehnen das Postulat ab.»

Reto Schertenleib (SVP)

– verfüge. «Es besteht kein Problem», konstatierte Reto Schertenleib – seine SVP/FDP-Fraktion lehne das Postulat ab. Erstunterzeichnerin Alice Kropf (SP) stellte hingegen fest, dass der Wohnraum vor allem im ländlichen Gebiet vorliege: «Die Solidarität der Stadt Thun ist gefragt.» Zentral gelegene Wohnungen böten Vorteile für die Integration. Als «Königsweg» pries sie zudem mobile Bauten an. Im Gegensatz zum Gemeinderat, der keine geeigneten Standorte für solche fand, betonte Kropf: «Ich bin sicher, dass es geeignete Areale gibt.» Das Postulat wurde mit 24:10 Stimmen angenommen.

SP gewinnt – und verliert

Im zweiten Postulat forderte die SP die aktive Suche nach möglichen Kollektivunterkünften im Anschluss an den Betrieb des Bundesasylzentrums. Der Gemeinderat schrieb in der Antwort von einer «Daueraufgabe». Das war Alice Kropf zu unkonkret – sie beantragte deshalb, das Postulat zwar anzunehmen, aber nicht

wie vom Gemeinderat beantragt auch gleich als erfüllt abzuschreiben. Es sei «zwingend», dass die Stadt nach dem sechsmonatigen Betrieb des Bundesasylzentrums wieder eine Kollektivunterkunft bereitstelle. Dass für die SP eine solche durchaus auch in der Nähe einer Schulanlage möglich sei, stiess SVP-Stadtrat Reto Schertenleib sauer auf – zumal der Stadtrat vor vier Jahren beschlossen habe, dass er genau dies nicht

wolle. Auch beim zweiten Postulat wehrte sich der Grossteil der SVP/FDP-Fraktion gegen die Annahme – und scheiterte. Das Postulat wurde angenommen, aber gegen den Antrag der SP auch gleich abgeschrieben. Abschliessend hielt Sicherheitsvorsteher Siegenthaler fest, dass Kollektivunterkünfte nach Abschluss des Betriebs des Bundesasylzentrums durchaus wieder zum Thema würden. *Michael Gurtner*

INTERNETNUTZUNG IN DER STADTBIBLIOTHEK

Die Flüchtlinge waren gestern im Stadtrat auch Thema in der Fragestunde. Die Gruppe Thun4Refugees bietet mit der Stadtbibliothek **Internetnutzung für Flüchtlinge aus dem Bundesasylzentrum im Untergeschoss der Bibliothek** (wir berichteten) – ein Angebot, das rege genutzt wird. Alice Kropf (SP) wies darauf hin, dass im April in der Stadtbibliothek **Umbauarbeiten anstehen und das Angebot deshalb nicht auf-**

rechterhalten werden könne. Kropf wollte wissen: «Ist der Gemeinderat gewillt, Alternativen abzuklären?» Die Antwort: Ja. **Der Gemeinderat werde die Frage in Zusammenarbeit und Absprache mit den beteiligten Organisationen – etwa Staatssekretariat für Migration, Asylkoordination Thun, Kirchgemeinden – prüfen.** Geeignete städtische Räume kann die Thuner Regierung zurzeit allerdings noch nicht nennen. *mik*

Stadt erhält ein neues EDV-System

Der Thuner Stadtrat bewilligte einen Kredit von 320 000 Franken für die Beschaffung einer neuen elektronischen Geschäftsverwaltung.

Auch in der Thuner Stadtverwaltung wächst die Menge an elektronischen Daten und Unterlagen immer mehr an. Die Verwaltung soll deshalb im Verlaufe dieses Jahres ein neues elektronisches Verwaltungssystem erhalten. Für die Umsetzung des Projekts für eine elektronische Geschäftsverwaltung beantragte der Gemeinderat im Stadtrat einen Kredit von 320 000 Franken.

«Bewährtes System»

Die Vorlage war gestern über alle Parteien hinweg unbestritten. Mit der ausgewählten Software Axioma habe sich der Gemeinderat für ein landesweit bewährtes

System entschieden, meinte Thomas Hiltbold (Grüne) namens der Sachkommission. Dieses bringe mehr Transparenz und eine bessere Übersicht. «Die Digitalisierung ist auch für die Stadtverwaltung ein Gebot der Stunde», sagte Hiltbold.

Auch Serge Lanz (Fraktion SVP/FDP) lobte die Wahl der Software. Diese sei bewährt und preislich in einem vernünftigen Rahmen. Und Daniela Huber (BDP) hielt es für wichtig, dass die Stadtverwaltung zeitgemässe Arbeitsinstrumente erhalte.

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) wies auf die positiven Rückmeldung während der Pilotphase hin. «Das gibt uns ein gutes Gefühl», sagte Lanz.

Mit der einstimmigen Befürwortung des Parlaments wird nun ab 2017 die ganze Stadtverwaltung mit einer einheitlichen Software arbeiten können. *rdh*

Angebot für Reisemobile verbessern

Die Stadt will das Angebot für Touristen mit Reisemobilen verbessern. Ein entsprechendes Postulat wurde einstimmig angenommen.

In einem Postulat hatte Alain Kleiner (SVP) mehr Stellplätze für Reisemobile gefordert. Damit könnte die Stadt einen wertvollen Beitrag zur Tourismusförderung leisten. Allerdings machte er in der schriftlichen Antwort des Gemeinderats keine grosse Begeisterung für das Vorhaben aus. «Ziel muss sein, dass die Camper legal auf einem zentralen Platz übernachten können», sagte Kleiner. Wenn es dieses Angebot als Ergänzung zum TCS-Campingplatz im Gwatt gäbe, würde es sicher auch benutzt.

Die Idee stiess auch bei anderen Parteien auf Zustimmung. Andrea de Meuron (Grüne) orte auf verschiedenen Parkplätzen

in der Stadt Möglichkeiten. «Es müsste aber eine pragmatische Lösung sein.»

Verbesserungen prüfen

Besonderes Interesse am Vorstoss zeigte Reto Vannini (BDP), selber ein bekennender Wohnmobilfahrer. Er sah solche Abstellplätze vor allem auch als Ergänzung zum Angebot des Campingplatzes, der in der kälteren Jahreszeit geschlossen ist. Zudem ortete er auch ein Hygieneproblem bei der Entleerung von WC-Behältern. Gemeinderätin Marianne Dumermuth (SP) erinnerte ihn an die bestehende Entsorgungsstation an der Seestrasse. Sie ortete beim Thema eher ein Kommunikationsproblem. «Wir werden uns deshalb überlegen, wie wir die Situation für die Besitzer von Reisemobilen verbessern können», sagte Dumermuth. *rdh*

Reglement angepasst

Der Stadtrat hat der Revision des Abwasserreglements zugestimmt. Damit können nun die Anschlussgebühren gesenkt werden.

Die Teilrevision des Abwasserreglements und die Anpassung des Gebührentarifs waren im Stadtrat unbestritten. Damit können nun die Anschlussgebühren um rund 13 Prozent gesenkt werden (vgl. Ausgabe vom Mittwoch). Möglich wurde dies, weil in der Spezialfinanzierung genügend Mittel enthalten sind. Im Gegenzug steigen aber die Verbrauchsgebühren von 1.35 auf 1.49 Franken pro Kubikmeter. Damit werden die Zusatzkosten, welche für den Ausbau der Kläranlagen zur Verminderung der Mikroverunreinigungen entstehen, abgedeckt. Weiter übernimmt neu die Stadt auch die Kontrolle der privaten Abwasserleitungen. Diese Massnahme wurde im Rat begrüsst. *rdh*

Asylsuchende reinigen Quartiere

ASYLZENTRUM Bei einem Treffen zwischen dem Staatssekretariat für Migration und der Stadt Thun zogen die Verantwortlichen trotz Vorfällen eine positive Zwischenbilanz. Mittlerweile sind täglich Asylsuchende in Arbeitseinsätzen unterwegs.

Vertreter des Staatssekretariats für Migration (SEM), der Stadt Thun, des Kirchenverbandes, der Thuner Bevölkerung, der Kantonspolizei Bern, des VBS, der Betreuungsfirma ORS und der Sicherheitsfirma Securitas haben sich vor Wochenfrist zur zweiten Sitzung der Begleitgruppe zum Bundesasylzentrum Thun getroffen. Am Mittwoch dieser Woche führte der Chef des SEM, Staatssekretär Mario Gattiker, und die Mitglieder des Thuner Gemeinderates den Austausch im Rathaus Thun weiter, wie das SEM in einer Mitteilung schreibt.

«Verhalten einer Minderheit besorgniserregend»

Während in den letzten Wochen wiederholt Zwischenfälle im Bundesasylzentrum oder in der Innenstadt für Aufsehen sorgten und sich in Teilen der Bevölkerung Unmut über die Situation bemerkbar machte, schreibt das SEM, man sei sich einig, «dass der Betrieb des Bundesasylzentrums grundsätzlich gut angelaufen ist». Die Tatsache, dass «das Verhalten einzelner Asylsuchender die Mehrheit der sich korrekt verhaltenden Bewohner des Bundeszentrums in ein schlechtes Licht rückt», sei indes besorgniserregend. Das SEM, das für die Führung des Bundeszentrums verantwortlich ist, halte fest, dass Gewalt, ausgehend von den Bewohnern des Bundeszentrums, nicht toleriert werde. «Das SEM ergreift nach solchen Vorfällen konsequent Sanktionen oder leitet strafrechtliche Schritte ein.»

Grundsätzlich «wohlwollende Stimmung»

«Die Stimmung in der Thuner Bevölkerung gegenüber den Asylsuchenden ist grundsätzlich wohlwollend, dazu wollen wir Sorge tragen», sagt der für die öffentliche Sicherheit zuständige Gemeinderat Peter Siegenthaler (SP). Die Mitglieder des Gemeinderats Thun und Staatssekretär Gattiker seien sich darin einig, «dass die aktive Information der Öffentlichkeit zu polizeilichen Interventionen sowie die transparente Kommunikation über Fragen des täglichen Betriebs massgebend sind für die Akzeptanz des Bundesasylzentrums in der Bevölkerung.»

Gemeinnützige Beschäftigungsprogramme

Positiv wurde ausserdem der Start der gemeinnützigen Beschäftigungsprogramme, die in Zusammenarbeit mit der Stadt angeboten werden, zur Kenntnis genommen. Seit dem 26. Januar rücken täglich personell wechselnde Gruppen von jeweils acht Asylsuchenden zur Reinigung des Schlossbergs aus. Im Auftrag der Fachstelle Arbeitsintegration sammeln die Asylsuchenden zudem in den Aussenquartieren entlang der Strassen Abfälle ein. Einen Tag lang reinigten die Teilnehmer des Beschäftigungsprogramms das Regionale Ausbildungszentrum (RAZ) in Allmendingen. Ab sofort sammeln die Gruppen Schwemmholz vom Hochwasser 2015 entlang der Uferwege am Thunersee im Gebiet des TCS-Campings und des Bonstettenparks. *egs/maz*